

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Abgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zahlung durch die Posten 2,30 Mk., bei Vorbestellung 1 Mk. 50 Pf. für den ersten Monat. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Abgabestellen 10 Pf. im Monat, bei Zahlung durch die Posten 12 Pf. im Monat. Einzelhefte 1 Pf. 50 Pf. für den ersten Monat. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstigen Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Abrechnung einander Schriftliche erfolgt nur, wenn Belege beiliegen.

Anzeigenpreis: Die Kopfzeile Raumzeit 20 Zeilen, die Kopfzeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Zeilen, die Kopfzeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Zeilen, die Kopfzeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Zeilen. Anzeigenpreis: Die Kopfzeile Raumzeit 20 Zeilen, die Kopfzeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Zeilen, die Kopfzeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Zeilen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostitz

Nr. 294. — 83. Jahrgang. — Wilsdruff-Dresden. — Mittwoch 17. Dezember 1924

Schlammflut.

Von besonderer Seite wird uns zu dem nun wochenlang andauernden Haarmann-Prozess geschrieben:

So ables wie das, was jetzt vor dem Gericht in Hannover auf die Bühne der Öffentlichkeit gejerrt wird, geschah wohl noch nie in Deutschland; ein solcher Massenmörder wie Haarmann stand noch nie vor deutschen Gerichten. Doch nicht nur die sadistische Mordlust dieses Mannes ist das Entsetzliche, das jetzt, einer trübten Schlammwoge gleich, durch die Dämme bricht, sondern es ist auch der ganze Umkreis, die Mittäter, die neben dem Mörder auf der Anklagebank sitzen, die Helfer und solche, die nicht sehen wollten, was in Haarmanns Wohnung geschah, — es ist aber auch die Schar der Opfer, die nur allzu oft die bange Frage aufkommen läßt, was denn aus diesen Angehörigen modernster Jugend geworden wäre, wenn sie am Leben geblieben wären. Und die noch viel bangere Frage, ob nicht Tausende und aber Tausende ihrer Altersgenossen genau so moralisch verkommen sind, wie ein Teil Haarmanns in die Klauen gerieten.

Ganz besonders aber muß man die eine Frage stellen: Ist es denn notwendig, daß das alles in breitem Strome sich in die Öffentlichkeit hinein ergießt? Die gräßlichen Einzelheiten, das gegenfällige schmutzige Beschuldigen der Spießgesellen, die erschütternden Szenen, die sich im Gerichtssaal abspielen, wenn Väter oder Mütter der Opfer dem Mörder der Söhne gegenüberstehen. Allzu oft haben wir bei derartigen Sensationsprozessen den Kampf um die Karten im Zuhörerraum erlebt. Und was das schlimmste dabei ist: Da werden Weiber zu Phänen und reiben mit Entsetzen Scherz. Nur unwillig räumen sie den Saal, wenn bei allzu üblen Szenen das Gericht die Öffentlichkeit ausschließt. Diese Öffentlichkeit, die mit gierigen Augen das betrachtet, was vor den Schranken des Gerichts vor sich geht, die die Aufzählung all des Entsetzlichen als ein Schauspiel und sogar ein kostloses genießt. Gottlob, daß die anständigen Zeitungen sich so weit wie möglich Beschränkung in der Berichterstattung über diesen Prozess auferlegt haben. Aber schon der Gedanke, daß dort im Gerichtssaal auch Vertreter der ausländischen Presse anwesend sind, die genaueste Einzelheiten aus den Verhandlungsergebnissen an ihre Blätter bringen — als Zusatzen für den stützenden Lesenden und die moralische Fütterung in Deutschland —, das alles muß doch die Frage als zwingend auftauchend bezeichnen: Soll nicht das Problem der Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen einer Nachprüfung unterzogen werden? Die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen eine politische Förderung der französischen Revolution und dann des deutschen Liberalismus, ist ja programmatisch durchgeführt worden, entspricht auch der ursprünglichen germanischen Prozessform. Aber an Systemen darf man rütteln und muß man rütteln, wenn sie zu untragbaren Zuständen führen. Diese Öffentlichkeit ist ja in Wirklichkeit auch ein großer Unfug. Die Gerichtssäle werden bevölkert von Elementen, die zu vier Fünfteln aus Verbrechern bestehen oder solche werden wollen. Oder, wie bei solchen Sensationsprozessen, aus Besuchern, die sich innerlich in keiner Weise von den Zuschauern unterscheiden, die im alten Rom den Gladiatorenkämpfen beiwohnten und in deren Augen der Austausch aufstieg, wenn dem Besiegten das Schwert durch die Gurgel gefloßen wurde. Das vorwiegend weibliche Zuhörerbublikum, das sich „Damen“ titulieren läßt, ist vielleicht moralisch nicht um ein Haar besser, als die Verbrecher, die vorn auf der Anklagebank sitzen.

Mag man in politischen, meinerwegen auch in Verurteilungsprozessen oder sonstigen Verhandlungen wegen Eigentumsübergang von Öffentlichkeit bei den Gerichtsverhandlungen beibehalten, — eine Grenze findet diese Öffentlichkeit an den primitivsten moralischen Forderungen, die der Staatsbürger an die Arbeit der staatlichen Organe stellen darf. Das Gericht darf nicht zum Theater werden. Weit rückfälliger, als das bisher geschehen ist, muß in notwendigen Fällen die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden und es ist völlig unverständlich, daß dies beim Haarmann-Prozess nicht von vornherein geschehen ist. Die Genug hat man gerade bei politischen Prozessen die Wahrung des Staatsinteresses heraus wegen rein politischer Gesichtspunkte die Öffentlichkeit ausgeschlossen, während man anscheinend die Erhaltung der sittlichen Sauerkeit für weniger wichtig zu erachten scheint. Die Erhaltung der moralischen Sauerkeit ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates, steht über allen Forderungen politischer oder sonst welcher Art.

Ungeheuer hat uns im Ausland dieser Prozess mit der viel zu weitgehenden Zulassung der Öffentlichkeit geschadet. Und darum muß noch einmal gesagt werden, daß damit Schluss zu machen ist. Und wenn entsprechende gesetzliche Bestimmungen fehlen, dann müssen sie geschaffen werden. Man hat die Öffentlichkeit der Todesstrafe abgeschafft; es ist allerhöchste Zeit, daß man auch die Öffentlichkeit der Unsitlichkeit beseitigt.

Spanische Verluste bei dem Rückzug in Marokko?
Paris, 15. Dezember. Der Madrider Berichterstatter des „Welt Pariser“ gibt die spanischen Verluste beim Rückzug in Marokko mit 20 000 Toten und Verwundeten und 7000 Vermissten an.

Die Regierung führt einstweilen die Geschäfte weiter.

Überreichung der Kabinettsdemission

Berlin, 15. Dezember.

Heute vormittag trat das Reichskabinet zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen zur Beratung: Laufende Angelegenheiten und Bericht über die politische Lage. Man war sich schon in der letzten Kabinettsitzung dahin schlüssig geworden, den prinzipiell beschlossenen Rücktritt des Kabinetts heute zu vollziehen. In der Sitzung fehlten Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der in einem Sanatorium weilt, und Reichsfinanzminister Dr. Luther, der noch nicht von seinem Urlaub in Berlin eingetroffen ist. Kurz nach Mittag schloß die Beratung. Ein erneuter formeller Rücktrittsbeschluß wurde heute nicht gefaßt, da der Rücktritt der Regierung bereits in der vorigen Woche prinzipiell beschlossen worden war. Der Reichszugler begab sich gegen Abend zum Reichspräsidenten, um diesem die Demission der Reichsregierung zu übergeben.

Dienstag treten im Reichstag die Fraktionen der Demokraten und Deutschen Volkspartei zusammen, um sich über ihre Stellung zu den politischen Fragen klar zu werden. Nach diesen Fraktionsberatungen dürfte der Reichspräsident in direkte Verhandlungen mit den Fraktionsführern eintreten.

Mit ziemlicher Sicherheit kann jetzt angenommen werden, daß der neue Reichstag am 5. Januar 1925 zu sammentritt.

Die Berufung des deutschen Botschafters in Paris, von Hoesch, nach Berlin ist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht im Zusammenhang mit der Kabinettsdemission erfolgt. Herr von Hoesch kommt hierbei um über „laufende Angelegenheiten“ Bericht zu erstatten. Von mehreren Seiten war behauptet worden, Herr von Hoesch überbrächte Auslassungen der französischen Regierung in bezug auf die Kabinettsdemission in Deutschland.

Der offizielle Rücktritt.

Berlin, 15. Dezember. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichszugler Dr. Marx überreichte heute nachmittags 4,30 Uhr

dem Reichspräsidenten die Rücktrittserklärung des Reichskabinetts. Der Reichspräsident nahm die Demission entgegen, beauftragte aber gleichzeitig den Reichszugler Dr. Marx und die bisherigen Reichsregierungsmitglieder mit der einstweiligen Weiterführung der Geschäfte.

Die Stellung des Zentrums

bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung bildet zurzeit einen wesentlichen Bestandteil der Diskussionen über die Zusammenfassung der neuen Regierung. Reichszugler Dr. Marx hat einem Vertreter der Wiener „Neuen Freien Presse“ Erklärungen abgegeben, in denen er auf die Abstimmung im Zentrum bei der vorliegenden Kabinettskrise zurückkommt. Damals stimmten vom Zentrum nur 17 Mitglieder gegen den Eintritt der Deutschnationalen, 48 dafür. Marx sagte jetzt:

„Ich habe damals mit der Minderheit gestimmt. Dieser Beschluß aber hat heute keine Gültigkeit mehr. Schon damals haben mehrere Fraktionskollegen, die zur Mehrheit gehörten, erklärt, daß sie nur aus taktischen Gründen so stimmten, weil sie meinten, die Demokraten würden sich, wenn im Zentrum eine starke Mehrheit für die Koalition mit den Deutschnationalen sich zeigte, dadurch bestimmen lassen, an einer solchen Koalitionsregierung zugleich mit dem Zentrum sich zu beteiligen. — Jetzt nach den Wahlen lehnen die Demokraten jede Beteiligung an einer Koalitionsregierung mit Einschluß der Deutschnationalen ab und man kann sich keinerlei Hoffnung mehr machen, daß sie eine vermittelnde Lösung akzeptieren würden. Das Zentrum wird also, wenn es am Mittwoch zusammentritt, mit dieser Ablehnung der Demokraten als mit einer vollendeten Tatsache zu rechnen haben. — Jedenfalls wird zuerst die Bildung einer Koalition der bürgerlichen Parteien versucht werden. Sollte dieser Versuch fehl, so wäre dann die Große Koalition in Erwägung zu ziehen.“

Der Führer des Bayerischen Bauernbundes, Professor Febr, hat, wie man erfährt, der Zentrumskolonie mitgeteilt, daß er eine Koalition der Mitte unterstützen würde. Die Haltung des anderen Führers der Wirtschaftspartei, des Professors Dr. Bredt, ist noch nicht klar.

Briand über das Genfer Protokoll und die Saarfrage

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

Rom, 16. Dezember. Briand hat noch kurz vor seiner Abreise der „Tribuna“ ein Interview gewährt, in dem er die Notwendigkeit eines Zusammengehens von Frankreich, England und Italien betonte, um eine baldige gemeinsame Konferenz zur Regelung der schwebenden afrikanischen Fragen anzukündigen. Auf die Frage, wie er über das Referat Salandras zur Saarfrage denke, antwortete Briand, daß ihn das Referat sehr befriedigt habe. Salandra habe ganz richtig erkannt, daß die deutsche Besatzung ganz unbegründet sei. Zum Genfer Protokoll meinte Briand, die Hauptsache sei, daß das Protokoll mit dem festen Willen angenommen werde, alle Konsequenzen daraus zu ziehen. Wenn dieser Wille fehle, sei es besser, das Protokoll zu zerreißen.

Noch kein Bericht der Kontrollkommission

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

Paris, 16. Dezember. Der Bericht der Interalliierten Kontrollkommission ist entgegen anderslautenden Meldungen noch nicht vollständig abgefaßt. Die Note ist daher weder in Paris noch in London übergeben worden. Weiter wird erklärt, daß die Vorkonferenz vorläufig von dem Bericht noch nicht das Geringste erfahren habe.

Chamberlains Rede über internationale Politik.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

London, 16. Dezember. In seiner Rede im Unterhaus über die internationale Politik unterstrich Chamberlain nochmals die Bedeutung der Tatsache, daß Großbritannien seinen Außenminister zur Tagung des Völkerbundes gesandt habe. Er sei sehr befriedigt von seiner Reise zurückgekehrt. Von seiner Unterredung mit dem französischen und dem italienischen Ministerpräsidenten sowie Führern verschiedener anderer Staaten sagte Chamberlain, daß er sie im Geiste des Völkerbundes geführt habe. Die Besprechungen sowohl in Paris wie in Rom haben die Befestigung der bestehenden Schwierigkeiten erzielt. Zum Genfer Protokoll meinte der englische Außenminister, daß er darüber nicht nur die Ansicht Frankreichs und Italiens gehört habe, sondern auch die verschiedener anderer Staaten. Er sei nicht in der Lage gewesen, irgendwelche Angaben über den englischen Standpunkt

zu machen, da die britischen Minister erst am Tage seiner Abreise zu ihrer ersten Beratung zusammengetreten waren.

Keine deutschen Sachverständigen am Quai d'Orsy.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

Paris, 16. Dezember. Die vom „Temps“ gebrachte Meldung, wonach deutsche Wirtschaftssachverständige gestern vormittag am Quai d'Orsy an einer Beratung über die Frage der Aufhebung der zollfreien Ausfuhr von Eisen-Verbindungen teilgenommen haben sollen, wird von deutscher Seite dementiert. Es habe sich um eine Reihe interner Besprechungen französischer Sachverständiger gehandelt.

Keine Rücktrittsabsichten Herriots.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“

Paris, 16. Dezember. Am Quai d'Orsy wird auf das Bestimmteste versichert, Herriot denke gar nicht daran, infolge seiner Erkrankung zurückzutreten. Sein Befinden sei nicht so ernst, als daß er nicht vorübergehend von seinem Zimmer aus die Regierungsgeschäfte Frankreichs leiten könne.

Furchtbare Familientragödie.

Graz, 15. Dezember. In der letzten Nacht ereignete sich in der Ortschaft Neib bei Judendorf in der Nähe von Graz ein furchtbares Familientragödie. Der Wirtshausbesitzer Paul Danner's erlöschte seine Frau Mathilde, seinen Sohn Erich und seine Tochter Eva und vergiftete sich hierauf. Seinen zweijährigen Sohn ließ er am Leben. Um die Tot ungehindert ausführen zu können, hatte Danner's sein Dienstmädchen und die Dienerin nach Graz ins Theater geschickt.

Bisubski verzichtet auf den Kommandobefehl.

Warschau, 15. Dezember. In einer Sitzung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Giabelli, an der u. a. Kriegsminister Sikorski, Minister Thugault, der Sejmpräsident Ratosz teilnahmen, kritisierte Marschall Bisubski den Gelebenswunsch über die Organisation des Obersten Kommandos und erklärte, daß er den Posten eines Generals der Armee nicht annehmen werde, da dieser dem Kriegsminister unterstellt sei und außerdem vom Chef des Generalstabes abhängen.